



Berlin, 9. März 2006

GdP: Kriminalstatistik gibt Sicherheitslage nicht wieder:

Technik und Überalterung lassen Eigentumskriminalität sinken

Berlin. Die rückläufigen Straftaten in einigen Kriminalitätsbereichen, wie sie vorab aus einigen Bundesländern gemeldet werden, geben nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nur ein unzureichendes Bild der tatsächlichen Sicherheitslage wieder. Die GdP warnt davor, daraus politisch die falschen Schlüsse zu ziehen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die Polizei hat erstklassig gearbeitet. Hinzu kommt, dass Deliktbereiche mit klassisch niedriger Aufklärungsquote massiv zurückgegangen sind. Der technische Fortschritt und die Verbreitung von Sicherheitseinrichtungen haben erfreulicherweise auch beim Diebstahl von Kfz und beim Wohnungseinbruch zu einem Rückgang geführt. Auch die fortschreitende Überalterung der Gesellschaft schlägt sich zunächst positiv in der Kriminalstatistik nieder, da die männlichen Jahrgänge im auch für die Kriminalität aktiven Alter deutlich kleiner werden. Das sagt aber nichts darüber aus, wie sicher die Bürger in unserem Land leben.“

Die Rückgänge in einigen Kriminalitätsbereichen, so der GdP-Vorsitzende, dürften nicht als Ermutigung gewertet werden, den hohen Personalabbau bei der Polizei fortzusetzen. Freiberg: „Die Erfassung vieler Straftaten ist ausschließlich von der Ermittlungsintensität der Polizei abhängig. Das gilt für die Rauschgiftkriminalität ebenso wie für die Wirtschaftskriminalität, Zwangsprostitution und den Kinderporno-Handel im Internet.“

Auch die seit Jahren steigende Gewaltkriminalität und die immer brutaler werdenden Verbrechen führten zu einem Verlust an Sicherheit und einem Absinken der Lebensqualität. Freiberg: „Wenn die Welt so in Ordnung wäre, wie einige Innenminister tun, so fragen wir uns, warum dann von ihnen mit aller Macht der Einsatz der Bundeswehr im Innern gefordert wird. Zudem gehört auch die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus zur Bewertung der Sicherheitslage.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190